

ZUSAMMENFASSUNGEN

Winfried Thaa

„Stuttgart 21“ – Krise oder Repolitisierung der repräsentativen Demokratie?

Die zugespitzte Auseinandersetzung um das Großprojekt „Stuttgart 21“ gilt vielen Beobachtern als Krisensymptom der repräsentativen Demokratie. Aus einer Kritik gängiger Erklärungen für die Eskalation des Stuttgarter Konflikts entwickelt der Beitrag die These, die derzeitige Legitimationsschwäche der repräsentativen Demokratie sei aus Defiziten ihrer oft übersehenen konfigurativen Funktion zu erklären, der Aufgabe nämlich, gesellschaftliche Differenzen und Widersprüche in politisch entscheidbare Konflikte zu transformieren. Spezifischer wird behauptet, dass die weit über Stuttgart 21 hinausreichende Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie aus der gegenläufigen Bewegung zwischen einer Entpolitisierung des Parteienwettbewerbs einerseits sowie der von gesellschaftlicher Seite ausgehenden Politisierung technischer und infrastruktureller Großprojekte andererseits zu erklären ist.

Yvonne Hegele / Nathalie Behnke

Die Landesministerkonferenzen und der Bund – Kooperativer Föderalismus im Schatten der Politikverflechtung

Die Landesministerkonferenzen (LMKen) gelten als horizontale Koordinationsgremien des kooperativen Föderalismus, obwohl bekanntermaßen der Bund an den Verhandlungen beteiligt ist. Das vorliegende Papier untersucht Bedingungen und Ausmaß der Bundesbeteiligung, um die Rolle der Konferenzen im deutschen Föderalismus besser einordnen zu können. Die Auswertung von Beschlüssen der LKMEn zeigt, dass die Beteiligung des Bundes weit über das theoretisch Erwartbare hinausgeht. Die LMKen dienen nicht der Abwehr von Bundeseingriffen, sondern der vertikalen Koordination und Einflussnahme. Durch die Kombination von Zwangsverhandlung (Politikverflechtung) und freiwilliger Koordination (kooperativer Föderalismus) befördern sie flexible aber zugleich verbindliche Entscheidungen und helfen so, Politikblockaden zu vermeiden.

Heinz Kleger / Thomas Mehlhausen

Unstrittig und doch umstritten. Europäische Solidarität in der Eurokrise

Obwohl der Begriff der Solidarität primärrechtlich in der Europäischen Union verankert ist und eine zentrale Rolle im Diskurs zur gegenwärtigen Eurokrise spielt, mangelt es an einer präzisen Definition. Nachdem der semantische Kern herausgeschält wurde, skizzieren wir drei Dimensionen einer europäischen Solidarität (Motivation, Ausrichtung, Akteursebene). Daraus leiten wir drei Idealtypen einer intergouvernementalen europäischen Solidarität ab: einen föderativen, organischen und distributiven. Im empirischen Teil ordnen wir die wichtigsten der im Zuge der Eurokrise diskutierten und teils beschlossenen Maßnahmen unseren drei Idealtypen zu, wobei wir eine zunehmende Tendenz hin zu einer dis-

tributiven Solidarität identifizieren. Sollten sich durch weitere Integrationsschritte die ersten Elemente zu einer distributiven Solidarität im Vollsinne entwickeln, müssen jedoch die damit verbundenen demokratietheoretischen Risiken berücksichtigt werden.

Christian Volk

Zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung – Zur Theorie von Demokratie und Politik in Zeiten des Widerstands

Politischer Widerstand ist ein aktuelles Thema. Umso mehr muss es daher erstaunen, dass im demokratietheoretischen Mainstream der letzten Jahre diese – mitunter auch gewaltsamen – Phänomene kaum Beachtung fanden. Verfahren und Output – das waren lange Zeit die dominanten Begriffe des demokratietheoretischen Denkens. Damit hat die Theorie der radikalen Demokratie gebrochen. Indem radikaldemokratisches Denken plausibel nachgezeichnet hat, inwiefern Widerstand und Protest Elemente *politischer Freiheit* innewohnen, *politische Gleichheit* befördert wird und der *gegenhegemoniale Diskurs* von Widerstands- und Protestgruppierungen gerade die Alternativität und Kontingenz politischer Entscheidungen wieder sichtbar macht, hat dieses Denken (radikalen) Widerstand vom Bannspruch der Irrationalität befreit und zur demokratietheoretischen Aufwertung von Protest beigetragen. Ich werde argumentieren, dass die Betonung von politischer Freiheit, Gleichheit und gegenhegemonialem Diskurs sich weder in einem normativen Utopismus noch in politischer Romantik erschöpft. Stattdessen schlage ich eine Aktualisierung dieser Konzepte vor, die es erlaubt, sie als wichtige „Instrumente“ für die Analyse der Entpolitisierungsstrategien moderner politischer Ordnungen zu verstehen. Im Herausarbeiten des Zusammenhangs von Widerstand und Entpolitisierung sehe ich den zentralen Beitrag einer Aktualisierung radikaldemokratischen Denkens. Gleichzeitig aber weise ich nach, dass radikaldemokratisches Denken weder über eine zufriedenstellend komplexe Theorie politischer Radikalisierung verfügt, mittels derer die Eskalation politischer Konflikte erklärt werden kann, noch hat sie ein Gespür für das „Andere der Ordnung“, das nicht in der Rede von der Hegemonie aufgeht, sondern politische Freiheitserfahrung im Widerstreit konfliktiver Positionen erst ermöglicht. An zwei zentralen Stellen endet also meine Sympathie mit der Radikaldemokratie und verlangt eine andere politiktheoretische Weichenstellung, die auf einen „Republikanismus des Dissenses“ hinauslaufen wird.

Georg Wenzelburger

Das goldene Zeitalter der Vermögensverkäufe – Die Determinanten der Einmalerlöse der Bundesländer 1995-2007

Die deutschen Bundesländer sind in ihrer Steuerautonomie stark beschränkt und auf der Einnahmeseite stark von zentralstaatlichen Entscheidungen abhängig. Aus diesem Grund griffen Landesregierungen in der Vergangenheit vermehrt darauf zurück, Vermögen zu veräußern, um Einnahmen zu generieren. Allerdings besteht eine beträchtliche Varianz der Höhe der Vermögenserlöse – sowohl zwischen den Ländern als auch über die Zeit. Dieser Beitrag sucht mithilfe einer quantitativen Auswertung nach Erklärungen für diese Unterschiede. Die wichtigsten Einflussfaktoren, so die Ergebnisse der Analyse, sind die Höhe des

Vermögensbestandes und der ökonomische Problemdruck sowie – mit Abstrichen – die parteipolitische Position der Regierung und die Ausgestaltung des Budgetprozesses.

Markus Patberg

Zwei Modelle empirischer Legitimitätsforschung - Eine Replik auf Michael Zürns Gastbeitrag in der PVS 4/2011

In seinem Gastbeitrag in der PVS 4/2011 analysiert Michael Zürn die Entwicklung empirischer Legitimität in den westlichen Demokratien, in autoritären Staaten sowie im Kontext der Ausbreitung von politischer Autorität und Recht jenseits des Staates. Dabei formuliert er die These, dass die Demokratie als Legitimationsprinzip auf dem Rückzug sei. Seiner Argumentation legt er eine Legitimitätskonzeption zugrunde, die anhand eines „Beurteilungsmodells“ der empirischen Legitimitätsforschung erläutert werden kann. Dieses wird im Beitrag von einem Modell der empirischen Legitimitätsforschung als Messung abgegrenzt. Es wird argumentiert, dass Zürns empirische Analyse seinem eigenen, komplexen Verständnis empirischer Legitimität nicht gerecht wird und seine zentrale These – dass die Bedeutung von Demokratie als Quelle politischer Legitimität abnehme – daher anzuzweifeln ist.

Michael Zürn

„Critical Citizens“ oder „Critical Decisions“ -- Eine Erwiderung

Die Erwiderung entwickelt in Auseinandersetzung mit der konstruktiven Kritik von Markus Patberg ein drittes Modell der empirischen Legitimationsforschung, das sich jenseits der Dichotomie von Messen und Beurteilen ansiedeln lässt. Substanziell setze ich damit der Patbergschen Deutung der Datenlage im Sinne der „critical citizens“ das demokratische Paradoxon, das sich durch die abnehmende Dignität von Mehrheitsentscheidungen ergibt („critical decisions“), entgegen.